

**Klausurtagung
der CSU-Landtagsfraktion
vom 20. bis 22. September 2022
in Kloster Banz**



**„Energiekrise: Bürger und Betriebe
entlasten, Versorgung sicherstellen“**

1 Die derzeitige Energiekrise führt zu massiven Belastungen in unserer Gesellschaft.
2 Bürgerinnen und Bürger bangen um ihr finanzielles Auskommen, Unternehmerinnen
3 und Unternehmer fürchten um die Zukunft ihrer Betriebe. Es droht eine tiefe Rezession
4 mit einem Wegbrechen ganzer Wirtschaftszweige und Wertschöpfungsketten. Das
5 bisherige Handeln der Ampel-Regierung wird den Herausforderungen nicht im Ansatz
6 gerecht. Die beschlossenen Maßnahmen sind energie- und wirtschaftspolitisch
7 unzureichend und benachteiligen die Menschen im ländlichen Raum. Nötig ist ein
8 zielgenaues Entlastungspaket und wirksame Maßnahmen zur Versorgungssicherheit.
9 Wir werden dies schaffen, wenn unsere Forderungen umgesetzt werden und sich die
10 Ampel aus ihren ideologischen Irrwegen löst.

11 **Ordnungspolitisches Handeln jetzt:** Das Entlastungspaket III der Bundesregierung
12 versucht, nachgelagert Symptome zu lindern. Das ist auf Dauer unzureichend, denn
13 verantwortungsvolle Politik muss sich mit den Ursachen des marktgetriebenen
14 Preisanstiegs auseinandersetzen und das Problem an der Wurzel anpacken. Was wir
15 brauchen, ist ein ordnungspolitischer Ansatz, um den Preisanstieg direkt zu dämpfen
16 und somit Belastungen für Bürger und Unternehmen von vorneherein besser zu
17 vermeiden. Dazu fordern wir den Bund auf, jetzt die geeigneten ordnungspolitischen
18 Maßnahmen auf den Weg zu bringen:

19 • Insbesondere muss der **ordnungspolitische Rahmen bei Mineralölprodukten**
20 deutlich gestärkt werden, zum Beispiel das kartellrechtliche Instrumentarium
21 nachgeschärft werden, um mehr Wettbewerb zu schaffen und dadurch die im
22 Europavergleich überdurchschnittlichen Preise deutlich zu senken. Das wirkt
23 auch sog. „Übergewinnen“ entgegen.

24 • **Energiepreisbremse:** Die Preisbildung auf dem Gas- und Strommarkt ist aus den
25 Fugen geraten. Der Strompreis an der Börse liegt seit Beginn des Ukrainekriegs
26 bis um das zehnfache höher. Diese Notsituation erfordert jetzt
27 ordnungspolitisches Handeln sowie sofort wirksame, gezielte und zeitlich
28 begrenzte **Notmaßnahmen auf dem Gas- und Strommarkt**, um die enorm
29 gestiegenen Energiepreise insbesondere für die Endverbraucher einzudämmen
30 und zu senken. Wir brauchen einen **Basis-Bürgertarif beim Strom** und endlich
31 eine konkrete Regelung für eine **effektive Gaspreisbremse**.

32 Dazu muss auch die Situation der privaten und kommunalen
33 Energieversorgungsunternehmen hinreichend berücksichtigt werden. Wir fordern
34 vom Bund einen Rettungsschirm für die kommunalen und kleinen
35 Energieversorger.

- 36 • Gleichzeitig müssen **Anreize für Energieeffizienzsteigerungen,**
37 **Energieeinsparungen und die Substitution von Erdgas** erhalten bleiben.
- 38 • Die Absenkung der **Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß** muss als
39 einfache und schnell wirkende Maßnahmen sofort umgesetzt werden.
- 40 • Zudem sind die Einführung eines **Industriestrompreises**, eine Absenkung der
41 Energiesteuern auf Heizöl, Kraftstoffe und Erdgas auf das europäische
42 Mindestmaß sowie die Sicherstellung eines umfangreichen und unbürokratischen
43 Carbon-Leakage-Schutzes erforderlich. Die Gasumlage muss wegfallen.

44 **Mittelschicht entlasten:** Die Ampel vernachlässigt die Mittelschicht bei der Entlastung
45 von explodierenden Energie- und Lebenshaltungskosten. Stattdessen führt sie durch
46 eine vermurkste Gasumlage zusätzliche Belastungen ein. Für das 9-Euro-ÖPNV-
47 Ticket gibt es nach wie vor keine konkrete und sinnvolle Nachfolge, die die Belange
48 der Länder berücksichtigt und den ländlichen Raum mitdenkt. Der Tankrabatt ist als
49 Einmalmaßnahme verpufft und greift jetzt im Herbst und Winter nicht mehr. Die
50 Befristung auf die Sommermonate war ein Fehler, es bedarf einer
51 Anschlussentlastung. Das dritte Entlastungspaket der Ampel enthält richtige Ansätze,
52 zum Beispiel zur Unterstützung von Rentnern, die die Ampel bisher vergessen hatte
53 oder den überfälligen Abbau der kalten Progression. Insgesamt ist allerdings weiterhin
54 kein Gesamtkonzept erkennbar, es ist zu viel Gießkanne und zu wenig Zielgenauigkeit.
55 Insbesondere die Pendlerpauschale muss rückwirkend zum Veranlagungszeitraum
56 2022 ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent angehoben werden. Nötig ist zudem eine
57 Senkung der Strom- und Energiesteuer auf alle Energieträger auf das europäische
58 Mindestmaß. Eine spürbare Senkung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel und
59 eine Reduzierung auf regionale Produkte würde Bürgerinnen und Bürger entlasten
60 und gleichzeitig einheimische Erzeuger stärken

61 **Mittelstand unterstützen:** Die bayerische Wirtschaft ist durch die hohen
62 Energiepreise und die unklare Versorgungslage massiv belastet. Hinzu kommen
63 steigende Material- und Rohstoffpreise sowie auf der Nachfrageseite eine Eintrübung
64 des Konsumklimas. Diese signifikanten Mehrfachbelastungen gefährden Arbeitsplätze
65 und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Die
66 Konjunkturaussichten haben sich stark eingetrübt. Die bisherigen Maßnahmen des
67 Bundes sind in dieser Lage völlig unzureichend. Von der geplanten Senkung der
68 Umsatzsteuer auf Gas profitieren Unternehmen in der Regel nicht, stattdessen bleiben
69 sie auf den Mehrkosten der Gasumlage sitzen. Das
70 Energiekostendämpfungsprogramm schließt bisher zahlreiche energieintensive
71 Branchen, zum Beispiel im Handwerk, aus. Auch im dritten Entlastungspaket lässt die
72 Ampel die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk im Regen stehen.
73 Unterstützungsmaßnahmen werden völlig vage formuliert und auf die lange Bank
74 geschoben, im Gegenteil werden mit dem alleinigen Vorpreschen bei der globalen
75 Mindestbesteuerung sogar neue Belastungen geschaffen. Wir fordern vom Bund
76 stattdessen sofort wirksame und grundlegende Änderungen des
77 Energiekostendämpfungsprogramms für die besonders betroffenen energieintensiven
78 Mittelständler, die Lebensmittel- und Ernährungswirtschaft als existenziell wichtige
79 Branche sowie die Handwerksbetriebe und eine umfassende Unterstützung der
80 Transformation in den Betrieben. Ebenso würde eine Ausdehnung des
81 Verlustrücktrags auf drei Jahre und eine unbefristete Einführung der degressiven
82 Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens den
83 mittelständischen Betrieben Luft verschaffen. Zudem muss der Bund in der jetzigen

84 Situation endlich die Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit setzen und
85 mit international wettbewerbsfähigen Steuern und Abgaben sowie einem
86 umfassenden Bürokratieabbau Perspektiven für neue Investitionen und Arbeitsplätze
87 schaffen.

88 **Erneuerbare Energien umfassend nutzen:** Wir sind in Bayern bereits bei vielen
89 Erneuerbaren Energien führend, so bei Photovoltaik, Wasserkraft, Biogas oder
90 Geothermie. Darauf aufbauend wollen wir alle Formen der Erneuerbaren Energien
91 weiter vorantreiben und bis 2030 in Bayern den Anteil der Erneuerbaren Energien
92 verdoppeln. Beim Netto-Zubau im laufenden Jahr 2022 liegen wir zum Beispiel beim
93 Photovoltaik-Ausbau mit Abstand auf dem Spitzenplatz unter den Bundesländern. Den
94 Ausbau des Stromnetzes beschleunigen wir durch personelle Verstärkung in den
95 Genehmigungsbehörden und setzen uns beim Bund für deutlich schnellere Planungs-
96 und Genehmigungsverfahren ein. Zudem muss der Bund bei den regulatorischen und
97 finanziellen Rahmenbedingungen endlich gleichwertig alle Erneuerbaren Energien in
98 den Blick nehmen, anstatt bayerische Stärken, zum Beispiel bei Wasserkraft und
99 Geothermie, zu benachteiligen.

100 Auch die thermische Verwertung von Holz – Heizen mit Holz – muss möglich bleiben
101 und in der EU als erneuerbare Energie angerechnet bleiben. Holz verbrennt CO2-
102 neutral und kann in vielen Mitgliedsstaaten nachhaltig und ohne Gefahr für die
103 Walderhaltung bereitgestellt werden. So vermeiden wir unsinnige Importe aus
104 Drittländern mit niedrigeren ökologischen Standards. Deshalb erteilen wir
105 Nutzungsbeschränkungen und -verbote durch europäische Regelungen eine klare
106 Absage. Holz und seine thermische Verwertung müssen beim weiteren Ausbau der
107 erneuerbaren Energien teilhaben.

108 **AKW-Laufzeitverlängerung:** Die Behauptung der Ampel, ein Stromproblem
109 bestünde nicht, ist bereits seit langem mit Blick auf die Strompreisentwicklung
110 widerlegt. Nun zeigt der zweite Stresstest zur deutschen Stromversorgung eindeutig,
111 dass es bei Spitzenbelastungen im Winter zu Lastunterdeckungen und somit auch der
112 Gefahr von Stromausfällen kommen kann. Dennoch will Bundesminister Habeck aus
113 ideologischen Gründen zwei Kernkraftwerke nur als Reserve bis Mitte April 2023 am
114 Netz lassen und eines ganz abschalten. Das ist energie- und wirtschaftspolitisch fatal
115 und unverantwortlich, zumal allein die technische Eignung von Kernkraftwerken als
116 Reservekraftwerke höchst fraglich ist. International stößt die ideologische Haltung der
117 Bundesregierung seit längerem auf völliges Unverständnis. Durch die Verschleppung
118 des Stresstests ist bereits jetzt wertvolle Zeit verstrichen, um Brennelemente zu
119 bestellen und die Vorbereitungen für den Weiterbetrieb in den Kraftwerken zu
120 organisieren. Wir fordern von der Bundesregierung unverzüglich ein klares und
121 eindeutiges Bekenntnis für eine Laufzeitverlängerung aller drei aktiven Kernkraftwerke
122 mindestens bis 2024.

123 **Alle Energiepotenziale heben, Gasalternativen nutzen:** In der sich verstärkenden
124 Energienotlage müssen wir alle verfügbaren Energiepotenziale nutzen, um die
125 Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Energiepreissteigerungen zu
126 dämpfen. Die ideologische Verweigerungshaltung der Grünen und Bundesminister
127 Habeck betrifft nicht nur die Atomkraft. Die Wiederinbetriebnahme von Kohle- und
128 Ölkraftwerken als kurzfristige Alternative zur Stromerzeugung aus Gas wurde vom
129 Bund bisher nicht nennenswert vorangebracht. Der Bund muss jetzt sicherstellen, dass
130 die für die Stromversorgung notwendigen Kohle- und Mineralölkraftwerke zügig in den
131 Markt zurückkehren. Das Biogaspotential muss vollständig ausgenutzt werden. Dazu

132 müssen unter anderem die Vorgaben zur Vergärungsdauer aufgehoben und die
133 Genehmigungsregeln im Bundesimmissionsschutzrecht angegangen werden.
134 Außerdem gilt es jetzt zügig, ergebnisoffen und unter Berücksichtigung der
135 Umweltauswirkungen zu prüfen, ob und wie die Gasvorkommen in Deutschland
136 stärker erschlossen werden können. Gaskraftwerke haben im August 2022 sogar über
137 10 Prozent mehr Strom erzeugt als im Vorjahresmonat. Der Bund muss hier endlich
138 die Rahmenbedingungen für eine deutlich stärkere Nutzung der Gasalternativen
139 setzen anstatt eine Mangellage in Kauf zu nehmen und die Energieerzeugung und die
140 Absicherung des deutschen Stromnetzes bei kritischen Wetterlagen auf das Ausland
141 abzuwälzen.

142 Der Bund muss außerdem endlich einen konsistenten und ambitionierten Plan zum
143 Aufbau eines deutschen und europäischen Wasserstoffnetzes vorlegen. Bayern darf
144 dabei von der Ampel-Koalition nicht benachteiligt werden. Der Anschluss Bayerns darf
145 nicht hinter dem Anschluss des deutschen Nordens und Westens zurückstehen.
146 Bayern benötigt dabei nicht nur einen Anschluss von Norden, sondern auch aus dem
147 Süden Europas.

148 **Gaseinsparungen unterstützen:** Die bayerische Wirtschaft setzt bereits alle Hebel in
149 Bewegung, um die Abhängigkeit von Erdgas zu reduzieren und alternative
150 Energieträger zu nutzen. Dies verdeutlicht einmal mehr die Leistungs- und
151 Anpassungsfähigkeit unserer Betriebe. Bremsklötze bei der Umstellung sind allerdings
152 langwierige Verfahren und fehlende Rechtssicherheit. Der Bund muss daher
153 unverzüglich Notfallregelungen in Gang setzen, die bei den Genehmigungsverfahren
154 für den Brennstoffwechsel zu deutlichen Erleichterungen und maximaler
155 Beschleunigung führen. Der Bund muss zudem eine entsprechende finanzielle
156 Förderung der Unternehmen auf den Weg bringen. In Bayern werden wir alle
157 Anstrengungen unternehmen, um die Betriebe bei einem Brennstoffwechsel zu
158 unterstützen und die Prozesse maximal zu beschleunigen. Auch das vom Bund
159 angekündigte Gasauktionsprogramm muss unverzüglich starten, um Einsparungen zu
160 fördern und Engpässe zu verhindern.

161 **Gasversorgung sicherstellen:** Der Bund hat für diesen Herbst und Winter eine
162 regionale Ungleichbehandlung bei der Gasversorgung in den Raum gestellt. Dies ist
163 nicht akzeptabel. Die Ampel-Regierung darf nicht länger Politik gegen den Freistaat
164 machen. Der Bund muss die Befüllung der Gasspeicher im süddeutschen Raum und
165 im österreichischen Haidach sicherstellen. Der Bau des für die bayerische Versorgung
166 wichtigen LNG-Terminals in Lubmin muss maximal beschleunigt werden. Die
167 bestehende europa- und deutschlandweite Flexibilität des Gasnetzes muss durch den
168 Bund abgesichert werden. Die Rückmeldungen aus allen Bereichen der Wirtschaft
169 zeigen, dass eine klare Abgrenzung der Bedürftigkeit und Systemrelevanz im Falle
170 einer Gasmangellage illusorisch ist. Dennoch scheint die Ampel billigend in Kauf zu
171 nehmen, dass Unternehmen oder ganze Branchen sowohl in einer Mangellage wie
172 bereits vorher aufgrund der hohen Energiepreise einfach den Betrieb einstellen und
173 Insolvenz anmelden. Dies muss verhindert werden. Es ist vordringlichste Aufgabe der
174 Ampel, die Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicherzustellen. Alle kurzfristigen
175 Energiepotenziale und Gasalternativen müssen genutzt werden.